

Wahlkampf in Kälte: Steigende Armutsgefahr für Kinder und Rentner!

Am 3. Januar 2025 bereiten sich die Parteien im winterlichen Mettmann auf die Bundestagswahl am 23. Februar vor, während soziale Themen unter den Kandidaten diskutiert werden.



Im Vorfeld der Bundestagswahl am 23. Februar bereiten sich die Parteien in Hilden und Haan auf ihren Wahlkampf vor. Die Fristen für die Einreichung von Wahlvorschlägen sind gesetzt, wobei die Kreiswahlvorschläge bis zum 20. Januar eingereicht werden müssen. Der Wahlkampf findet unter winterlichen Bedingungen statt, was die Mobilisierung der Wähler zusätzlich erschwert.

Die Linke hat bereits ihren Kandidaten für den Südkreis (Mettmann I) nominiert: Klaus Wockenfoth, der als Marketing-Manager und Vater von zwei Kindern aktiv ist. Wockenfoth

äußerte klare Bedenken bezüglich der wachsenden Armut, insbesondere unter Kindern und Rentnern. Er prognostiziert, dass bis zum Jahr 2030 etwa vier Millionen Kinder in Armut leben werden, und fordert eine entschlossene Politik zur Bekämpfung sozioökonomischer Unterschiede. Ab Dienstag, dem 28. Januar, kann schließlich die Briefwahl beantragt werden.

Wahlverhalten unter einkommensschwachen Personen

Trotz der laufenden Wahlvorbereitungen gibt es einen besorgniserregenden Trend: Menschen, die in Armut leben, wählen seltener als Bessergestellte. Laut aktuellen Informationen gelten circa 14 Millionen Menschen in Deutschland als arm, was weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens entspricht. Dies führt zu einer hohen Armutsquote in Deutschland, die zwar leicht gesenkt wurde, jedoch immer noch alarmierend bleibt.

Studien zeigen, dass politische Themen, die die Lebensrealität armer Menschen betreffen, häufig nicht auf der politischen Agenda stehen. Die Resignation vieler Betroffener führt dazu, dass sie an Wahlen nicht teilnehmen, weil sie der Meinung sind, dass sich an ihrer Situation nichts ändern wird. Ein Bericht von Deutschlandfunk Nova hebt hervor, dass in ärmeren Stadtteilen und Wahlkreisen die Wahlbeteiligung signifikant niedriger ist, was die politische Mitbestimmung dieser Gruppen weiter einschränkt. Diese Menschen sehen oft ihre Probleme nicht als politisch bedingt, obwohl viele von ihnen direkt durch politische Entscheidungen beeinflusst werden.

Details

Quellen

- [rp-online.de](https://www.rp-online.de)
- www.deutschlandfunknova.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net